



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Vertrauensmänner und der tiroler Landtag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Vertrauensmänner und der tiroler Landtag.

Aus Tirol, 12. November. Die Berufung von Vertrauensmännern statt einer wirklichen Volksvertretung kommt in Oestreich immer mehr in Schwung. Zuerst war es der Erzherzog-Statthalter von Tirol, der, als die Sturmwolken des Krieges näher rückten, und Tirol, wie die Times sagte, in seinem Leben zum ersten Mal unzufrieden wurde, das Bedürfnis fühlte, sich mit Männern seines Vertrauens zu berathen; er berief einen verstärkten ständischen Ausschuss und wählte dazu außer der aus 4 Mitgliedern bestehenden Activität je drei aus dem Clerus, Adel, den Städtern und Bauern. Ein Paar der aus Wälschtirol Berufenen entsprachen diesem Vertrauen nicht unbedingt; Baron Moll folgte erst der zweiten Aufforderung, und Romano Rongi, der Bürger von Trient, erschien noch später, nicht um an den Verhandlungen Theil zu nehmen, sondern mit einer Bittschrift der dortigen Italianissimi um Lostrennung vom deutschen Vaterlande\*). Von den geheimen Verhandlungen, die unter dem persönlichen Vorsitz des Erzherzogs gepflogen wurden, vernahm man manche Anträge, die kaum als die Wünsche des ganzen Landes gelten dürften, vor allem den Protest gegen die Ansässigmachung der Katholiken, die Bitte um Aufbesserung der Ruhegehälter der Geistlichen, die Wiederaufnahme des alten Landtags mit seiner feudalen Gliederung, ja sogar das Selbstgouvernement der Gemeinden, das zumeist die Schwarzröcke ihrer selbst willen wünschen. Man könnte die Probe eine gelungene nennen, wenn es darauf ankäme, das intime Verhältnis zur Geistlichkeit noch enger zu knüpfen und jede Anregung des Fortschrittes von einem Lande möglichst ferne zu halten, in dem die Regierung verglichen mit jenen, die sich als Stimmführer des Volkes ausgeben, einen fast liberalen Anstrich gewinnt. Es wurde uns in Aussicht gestellt, daß dieser verstärkte ständische Ausschuss auch über das künftige Landesstatut berathen solle, ja so viel wir aus anderen Provinzen des Kaiserreichs vernehmen, scheint sich das Mittel, durch solche Vertrauensmänner die Stimme des Volkes vertreten zu lassen, so bequem herauszustellen, daß man auch für die Vorschläge des Gemeindegesetzes allenthalben die rechten Männer herausgefunden hat. Uns in Tirol erinnern sie sehr an den alten Postulatenlandtag, und weil es scheint, daß man darauf zurückkommen will, dürfte es zeitgemäß sein, einige seiner glänzendsten Thaten vorzuführen. Sie zeigen genau

\*) Weil jene nicht durchbrang, stellten die Trienter in einer soeben erschienenen Broschüre: „die Reform der politischen Verwaltungsbehörden Oestreichs“ ein neues Programm auf, das die Aufhebung der Statthaltereien und die Theilung der Provinzen nach ihren Nationalitäten unter selbstständigen nur vom Ministerium abhängigen Kreisregierungen bezweckt.

das Ziel, wohin man auf diesem Wege gelangt; bei dem Geheimniß, das über seine Verhandlungen bewahrt wurde, ist manches weniger bekannt.

Wenn auch jene Abgeordneten nicht von der Regierung ernannt wurden, erfolgte die Wahl doch unter ihrem Einfluß und mußte vom Kaiser bestätigt werden. Hiervon blieben nur die Bischöfe und Prälaten ausgenommen, deren Sitz und Stimme auf der geistlichen Bank mit ihrer Würde verbunden war. Die Anstellung erstreckte sich auf Lebensdauer, sie sicherte daher das dafür bestimmte Honorar als jährliche Rente, und die Vorliebe für diesen bequemen Erwerb ging so weit, daß sich ein vom Schlage gerührter und taub gewordener Vertreter noch von zwei seiner Collegen in die Sitzung schleppen ließ. Vermaß sich je einer offen und frei zu sprechen, wie der selige Innsbrucker Bürgermeister Dr. Maurer gegen die Vertreibung der zillertthaler Dissidenten, so wurde er gleich von einem Jesuitenboadjutor verkehert und war gezwungen seine Rechtgläubigkeit öffentlich zu erhärten. Daraus ergab es sich dann auch von selbst, daß diese Volksvertreter den Wünschen der Hofstellen stets entgegenkamen und ihnen das Regieren wirklich erleichterten. So gerade in der zillertthaler An gelegenheit. Der Kaiser hatte zwar durch Entschließung vom 21. Februar 1832 ausgesprochen, daß das Toleranzpatent in den alten und neuen Provinzen seines Reiches gleiche Geltung habe, allein es kam ihm dabei wohl nicht in den Sinn, den zillertthaler Dissidenten ein Zugeständniß zu machen, im katholischen Tirol eine protestantische Gemeinde zu gründen. Als sie um die Erlaubniß zur Errichtung einer solchen Filialgemeinde baten, erhoben sich Clerus und Adel und suchten, sogar gegen den kaiserlichen Erlaß, zu beweisen, das Toleranzgesetz sei in Tirol nie kundgemacht worden; denn selbst den geringen Besitz, den jene im armen Zillertthale inne hatten, mißgönnten sie ihnen, und dieser zum mindesten schien ihnen durch das Patent gewährleistet, das den Protestanten die zum Gütererwerbe nöthige Dispens der Landesstelle „ohne alle Erschwerung“ zu ertheilen vorschrieb. Der Bescheid vom 2. April 1834 lautete abschlägig für die Dissidenten, sie wurden angewiesen „in eine andere Provinz des Reiches zu übersiedeln, wo schon von vorher akatholische Gemeinden sind.“ Nun baten sie um Pässe ins Ausland, worauf ihnen am 7. März 1835 eröffnet wurde: „daß ihnen ohne alle Unkosten unmittelbar durch die Behörden selbst die ausländische Aufnahme zum Behuf der förmlichen Auswanderung bewirkt werden kann.“ Einige Jahre später rühmte es der Gouverneur Graf Brandis bei seiner Jungfernrede an die Vertreter Tirols, daß auf ihre Bitten der höchstwichtige Entschluß gefaßt wurde, wodurch jedem fremden Cultus die Aussicht benommen wurde, sich neben der katholischen Kirche in Tirol festzusetzen.“ Die Stände bewilligten Geldvorschüsse an die Käufer der Güter der Dissidenten, um ihre Auswanderung zu befördern, und widmeten ein Kapital von 1500 Gulden zur Erbauung eines katholischen

Pfarrhauses am Dornauberge. Betreffs des Toleranzpatentes trat aber seit jener Zeit eine eigenthümliche Praxis der Behörden ein. Man forderte nämlich streng von Protestanten, die in Tirol Güter erwerben wollten, das diesfällige Ansuchen um die vorgeschriebene Dispens, aber nicht um sie „ohne alle Erschwerung“ zu ertheilen, sondern um sie grundsätzlich zu verweigern. Damit war nun auch der Streit über die zweifelhafte Publikation jenes Gesetzes vollkommen gehoben.

Auch die Einführung der Jesuiten dürfen sie als ihr Werk preisen. Die tiroler Landesstelle hatte zwar schon im Jahr 1836 den Antrag gestellt, die Leitung der Erziehung der thesesianischen Ritterakademie und allmählig auch die Gymnasiallehranstalt einer geistlichen Gesellschaft anzuvertrauen, in deren heiligem Beruf es liegt, sich vorzugsweise mit der christlich, wissenschaftlichen Bildung der Jugend zu beschäftigen. Man betrieb die von Jesuitenfreunden heißersehnte Wohlthat auch bei der Huldigungsfeier im Jahre 1838, allein die allerhöchste Entschliebung wollte noch immer nicht erscheinen. Da trat der Abgeordnete Joseph v. Giovanelli aus Bogen, derselbe, der sich schon durch die Verfeinerung des Dr. Maurer in der zillertbaler Sache unsterblich gemacht hatte, vor die Stände mit dem Antrag eine allerunterthänigste Vorstellung unmittelbar an Se. Majestät zu richten, das Theresianum und Gymnasium zu Innsbruck den Jesuiten zu übergeben. „Dem Lande Tirol,“ meinte er, „fehlt es mehr als anderen Provinzen des Kaiserreichs an Erziehungsanstalten, welche die zu einer höhern Bildung bestimmten Jünglinge ihrem Ziele näher bringen,“ da könne nur die durch Gottesehrfurcht und Jugendzucht welt-historisch gewordene Gesellschaft Jesu, die eben in letzter Zeit wieder in Freiburg und Lemberg Musteranstalten gegründet, genügende Abhilfe leisten. Selbst der Prälat von Wilten, dessen Stift bisher die Leitung des Theresianums geführt, versicherte „mit Verleugnung jeder persönlichen Rücksicht die Ueberzeugung aussprechen zu müssen, es passe dafür keine andere Corporation als die Jesuiten,“ und als ein paar Tage später der Vertreter der Stadt Hall die Ehre der Franziskaner wegen ihrer Verdienste um das dortige Gymnasium retten zu müssen glaubte, fand sich der hohe Kongreß behufs der Hebung jedes Mißverständnisses zur Erklärung bewogen: „daß er durch eine Bitte den Leistungen anderer Orden auf keine Weise zu nahe treten wolle.“ Im Januar 1839 nahmen die Jesuiten feierlich von den ihnen in Innsbruck bereiteten Plätzen Besitz.

Im Jahre 1843 kam die Frage über die Grundentlastung an die tiroler Stände. Die meisten unter ihnen waren nur darauf bedacht, sich der Zinsen und Zehnten noch besser zu versichern. Ein paar wälsche Herren von der Adelsbank beriefen sich auf das kanonische Recht, wodurch ihre Lehenzehnten im trienter Gebiet jedenfalls vor einer solchen Maßregel geschützt blieben, der

Fürstbischof von Trient (derselbe, der jüngst das in diesen Blättern abgedruckte Rescript über gemischte Ehen erließ) erhob sich nachdrücklichst gegen jede Geldablösung, „da das Einkommen des Seelsorgers nach kirchlichen Gesetzen auf der Scholle gegründet sein müsse,“ und der oben erwähnte Joseph v. Giovanelli belehrte die Geistlichen, daß der benannte Zehent, auch wenn er nicht wachse, vom Zehentholden herbeigeschafft werden müsse. Man ging der Frage vorerst dadurch aus dem Wege, daß man auf Antrag des Letzteren dem Fiscus Bericht über alle Gewohnheiten und Uebungen in Zehentsachen vom ganzen Lande Tirol abheischte. Zwei Jahre später erklärte der Generalreferent dem ständischen Ausschuss, er könne deshalb in dieser Angelegenheit keinen Vortrag erstatten, weil die Akten in Verstoß gerathen. Im Jahre 1846 endlich beschloß man, daß rücksichtlich der Ablösung kein direkter Zwang angewandt werden dürfe. Am selben Grundsatz hielt damals die Regierung fest.

Es gab Leute unter den ständischen Vertretern, die eine Eisenbahn durch Tirol für „Poese“ erklärten. Fremde, Touristen, Protestanten waren ja immer schief angesehene Gäste, und der Gouverneur Graf Brandis konnte es bei der Eröffnung des Landtags vom Jahr 1847 nicht genugsam bedauern, „daß Tirol nun so oft der Gegenstand öffentlicher Besprechung in Flugschriften und Tagesblättern geworden, in denen die Regierung mancher Vernachlässigung der Landesinteressen schände beschuldigt, und die Beschlüsse der Stände, vielleicht ohne sie zu kennen, vielleicht absichtlich, verdreht, und die Gesinnung des Landes verhöhnt werde.“ Die deutschen Publicisten, die den jungfräulichen Boden Tirols zu betreten wagten, schalt er „Dämonen des Neides und der Zwietracht, von der Hölle ausgesandt, um alle Ordnung zu verrücken und das Glück der Völker zu zerstören.“ Man berieth in dieser gottesfürchtigen Versammlung alles Ernstes, ob dem Gelübde wegen der Befreiung des Landes von der feindlichen „Invasion“ im Jahre 1703 bloß mit einer Prozession in Innsbruck genügt, oder überdies auch noch ein Fasttag im ganzen Lande gehalten werden solle. Nach langer Debatte und Nachschlagung der Kalender von 1770, 1790 und 1800, in denen der 1. December nicht als gebotener Fasttag bezeichnet war, entschied man sich endlich auf Anrathen des brigener Consistoriums beim nächsten Landtag für einen freiwilligen. Der „stillen Frage“, die sich manches Congressmitglied stellen mochte, ob die Stände nur materielle Interessen zu fördern berufen seien, begegnete Graf Brandis durch die Verweisung auf die Leistungen der durch ihr Bemühen eingesetzten Jesuiten. „Die Zeit ist zwar noch zu kurz“, tröstete er im Jahre 1844, um Früchte des kaum gesetzten Baumes erwarten zu können, allein was wir von diesen ehrwürdigen Vätern sehen, ihr frommer Wandel, ihr freundliches Benehmen gegen die Jugend und ihr Eifer, Religiosität und wissenschaftliches Streben in derselben anzuregen, läßt uns hoffen, daß sie ihre Bestimmung rich-

tig auffassen und dem an sie ergangenen Rufe wohl entsprechen werden. Nicht ohne Bedeutung, fuhr er fort, „ist auch die vor diesem erfolgte Ernennung eines frommen und würdigen Priesters aus unserm Lande zu der hochwichtigen Lehrkanzel der Philosophie an unserer Hochschule, sie ist zugleich ein sprechender Beweis, daß Se. Majestät die Philosophie auf eine religiöse Basis zu gründen beabsichtigen.“ Es kennzeichnet den Geist einer Versammlung, daß man ihr solches bieten durfte, und wie wenig man darauf verzichtete, in dieser Weise zu wirken, zeigte erst leztlich die bekannte Rede des Rectors der wiener Universität.

Die Förderung der materiellen Interessen war kaum der Rede werth. Wenn man dazu nicht auch die Landesvertheidigung, die auf Commando mit freudigem Zuruf angenommen wurde, oder die spätere Schulanordnung rechnet, die nach Brandis ihre beste Stütze im gottergebenen Sinn und im Feuereifer für den alten wahren Glauben hat, die aber zur Zeit der Noth in den Jahren 1848 und 1859 die Herren in Innsbruck so lange rathlos ließ, bis man mit Geld die Schulzen warb, sind es hauptsächlich nur einige Straßenreformationen, welche diesfalls zur Verhandlung kamen. Man benutzte dazu den aus dem Getreideausschlag gegründeten Approvisionierungsfond, der die Beschaffung von Getreide in Fällen der Noth zum Zwecke hatte, und erleichterte den Staatschatz, indem man Ararialstraßen baute. Als nach langem Hader zwischen den Vertretern von Nord- und Südtirol die Regelung des nur die Straßen und Gründe des letzteren jährlich zweimal verheerenden Etschflusses als Landesangelegenheit erklärt wurde, weil durch selben der Transit in ganz Tirol gehemmt wurde, markteten jene noch immer wegen jeden Beitrags, obwohl aus demselben Fond noch für die Etappenstraße auf dem Inn gespendet wurde.

Wir verweilten vielleicht zu lange bei einem Bilde, das ein Zeugniß von Geistesarmuth für alle jene hinstellt, die an diesen vormärzlichen Verhandlungen theilnahmen; rücksichtsvolle Kürze ist aber nicht am Plage, da derselbe Landtag aus seiner Asche wieder erstehen soll. Die Vertrauensmänner sind seine Vorläufer, man will nur Leute, die den Ansichten der Lenker von Oben entsprechen, die keine Opposition machen. Man überlegt dabei nicht, daß die Zeit wesentlich eine andere geworden. Die Entwicklungsversuche des Jahres 1848 und die darauf erfolgte Reaction sind Ereignisse, die sich aus dem Leben eines Volkes nicht verwischen lassen. Der italienische Krieg zog den Schleier von den Resultaten, die letztere in vollen zehn Jahren erzielt. Die Mängel unserer Verwaltung traten durch Thatsachen zu Tage, die sich weder verschweigen noch vertuschen noch beschönigen lassen; zunächst die schlechte Leitung des Kriegswesens, also auf einem Felde, wo wir uns jedem auch dem mächtigsten Feinde gewachsen dachten. Die untauglichen Generale

mußten entfernt, die Handhabung des Verpflegungswesens, die unsere Armee oft hungern ließ, einer Untersuchungscommission unterzogen werden. Im Schuldenwesen treten nun, wie beim Nationalanlehen, Ziffern auf, wovon wir keine Ahnung hatten, die Verwaltung verschlang Summen, denen alle Steuerkräfte bei der größten Anstrengung nicht gewachsen waren, Unzufriedenheit und Mißtrauen stiegen mit jedem Jahre. Selbst das Concordat mit seinen schwarzen Schlagschatten trat vor diesen Enthüllungen in den Hintergrund. Wir wagen es nicht anzudeuten, welches die Folgen eines zweiten Krieges im jetzigen Augenblick wären. Alle Schichten der Bevölkerung durchdringt die Ueberzeugung, daß diese Zustände keine Fortsetzung leiden, man verschließt sich ihr selbst in den höchsten Kreisen nicht, aber immer und immer wieder glaubt man mit halben Maßregeln wegzukommen. Controllirende Ausschüsse für Budget und Schulden, also wieder Vertrauensmänner der Regierung, sind es, worauf wir getröstet werden, einer wirklichen Vertretung des Volks steht eine unüberwindliche Scheu entgegen. Das heißt dem Volke geradezu Einsicht und guten Willen absprechen, es heißt zurückbeben vor dem Wort, das allein neues Leben in die trägen Riesenglieder des großen Körpers brächte, das neuen Credit und neue Kräfte schaffte, vor dem zauberischen Wort — Vertrauen!

### Ein Schillerfestspiel.

Friedrich Schiller. Drama in 5 Aufz. von Ludwig Eckardt. Wenigen-Jena, Hochhausen. —

Wir kennen wenig Bücher, die auf uns einen so peinlichen Eindruck gemacht hätten, als dies sogenannte Drama; ja wir könnten uns bestimmter ausdrücken, wir kennen nur eins, den vielgelesenen Roman von Louise Mühlbach, Friedrich der Große. Es handelt sich nicht um die bloße Werthlosigkeit des Buchs: schlechte Bücher gibt es vielleicht genug; es ist die Beziehung auf einen großen Namen und auf die allgemeine Ehrfurcht, die das Volk vor diesem Namen empfindet, der Versuch in dem Sinn dieses großen Mannes zu denken, zu empfinden und zu sprechen, und die Verdrehung alles Menschlichen und Natürlichen in ein verschrobenes herzloses Pathos, angeblich um diesen großen Namen zu ehren: dieser angebliche Cultus des Genius, der aber aus dem Genius eine abscheuliche Frage macht, ist es, was den an sich komischen